

# Dresdner Volkszeitung

Hofschloßstr. Dresden,  
Raden & Comp., Nr. 1908.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Hofschloßstr. Dresden  
und Schö. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Landeshauptmannschaften Dresden-Meßdorf und Dresden-Litke

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn in der 40. Woche vom 29. September bis 5. Oktober 22000 000 M., unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 4500 000 M. Einzelnummer 4000 000,- M.

Vertriebspreis: Bettnerplatz 10. Tel. 26261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Bettnerplatz 10. Tel. 26261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Grundpreis mal Schlüsselzahl. Grundpreise: die 20 mm breite Kopfreizeile 135 M., die 90 mm breite Reklamzeile 500 M., für an- wärtige Anzeigen 160 und 560 M. Schlüsselzahl: 50 000. Familienanzeigen Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefüberlegung 2000 000 M.

Nr. 229

Dresden, Montag den 1. Oktober 1923

34. Jahrg.

## Verfassungsgewalt oder Bürgerkrieg?

Auch von urteilsfähigen Leuten kann man in diesen Tagen hartnäckig die Auffassung hören, daß der Bürgerkrieg unvermeidlich sei. Diese wachsende Meinung zeigt, wie rasch der Pessimismus um sich greift. Wir glauben, daß es noch immer eine Möglichkeit gibt, um diesen gewalttätigen Krieg der politischen Meinungen herumzukommen, wenn die republikanischen Gewalten dafür sorgen, daß die Verfassung in allen deutschen Landesteilen respektiert wird und die Reichsgesetze zu gelten haben. Um mehr handelt es sich nicht, aber auch nicht um weniger. Der Ausnahmezustand ist überhaupt nur gerechtfertigt und nur vor dem deutschen Volke zu verteidigen, wenn er diesen Zweck erfüllt.

Bis jetzt hat die Reichsregierung diese Legitimation zur Aufhebung der normalen Verfassungsgarantien noch nicht erbracht. Im Gegenteil, die Handhabung des Belagerungs- zustandes ist in den verschiedenen Landesteilen so un- terschiedlich, daß kaum dagegen protestiert werden muß. Die sächsische Sozialdemokratie sieht sich genötigt, im Interesse der gesamten verfassungstreuen Bevölkerung da- gegen anzukämpfen, daß in Sachsen der zuständige Wehrkreis- kommandeur so handelt, als sei der Ausnahmezustand gegen den sächsischen Freistaat gerichtet. Versammlungen links- gerichteter Parteien werden verboten, während man, wie es der Sozialdemokratische Parlamentsdienst ganz richtig be- zeichnet, den nationalsozialistischen Unfug der Rechte gestattet. Will das Reich nicht, daß es zu scharfen Auseinandersetzungen kommt, so muß es für Sachsen endlich den Zivilkommissar einsetzen, der die nun einmal vorhandenen Gegensätze mildert.

Wir sächsischen Sozialdemokraten sind einverstanden mit all den Maßnahmen, die zur Durchsetzung des Reichs- rechts und der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz geeignet erscheinen. Jeder parteiischen Handhabung des Belagerungszustandes jedoch sagen wir den Kampf an. Vor allem fordern wir mit der gesamten republikanischen Be- völkerung, daß die Reichsregierung dieses gleiche Recht einmal dort schafft, wo es heute schmählicher denn je mit Füßen ge- treten wird: in Bayern. Herr Raab läßt die Waage fallen und es quillt der bekannte reaktionäre Kopf hervor, der den Sonderzustand in Bayern heiligen möchte, um im Süden die letzten Stützen der Verfassung zu zerbrechen. Der Be- triebsrätekongress in München wie eine vom republika- nischen Reichsbund zur Bekämpfung der Verfassungs- treue geplante Münchner Morgenfeier wurden verboten, während der von den Wölflingen arrangierte „Deutsche Tag“ in Bayreuth samt Rednern wie Götter und Ludendorff ge- nehmigt wurde. Die schwerbewaffneten natio- nalsozialistischen Garden wurden bis heute nicht entwaffnet, während in der Münchner Post nach Waffen gehaust und eine Anzahl Gewehre beschlagnahmt wurden, die zu nichts als zur Verteidigung dieses Eigentums der Ar- beiter gegen etwaige mehrfach angeordnete gewalttätige An- griffe bestimmt waren. Ja, der Erziehungsrat Raab ist offen genug, auch die letzten Schleier fallen zu lassen und zu zeigen, worauf seine Diktatur hinaus will: Raab hat die Selbst- schutzabteilungen der Sozialdemokratischen Partei verboten, die Vollzugsverordnung für das republikanische Schutzgesetz für Bayern außer Kraft gesetzt und dem Bürgermeister Duppe in Nürnberg die politische Gewalt für die Stadt Nürnberg entzogen, um sie dem Oberregierungsrat Careis, einem reaktionären Herrn, zu übertragen.

Der proletarische Selbstschutz war bis heute in Bayern noch die einzig wirklich zuverlässige Macht, die sich dem ver- fassungsfeindlichen, gemeingefährlichen Treiben der schwarz- weiß-roten Sackentzweiher um Götter und Ludendorff, ebenso wie dem der weiß-blauen um Herrn v. Raab entgegenstellen konnte und der Bürgermeister-Duppe ist ein Demokrat, der insolge dessen den Geh aller antirepublikanischen Elemente genießt. Die Reichsregierung muß sich jetzt rasch ent- scheiden, ob Reichsrecht Landesrecht bricht, ob auch in Bayern die Verfassung oder die Ansicht reichsfeindlicher Rückwärtler gilt! Von dieser Entscheidung hängt die Existenz der Reichs- regierung, hängt auch die Frage ab, ob wir um den Bürger- krieg herumkommen oder nicht. Die Reichsregierung hat den Ausnahmezustand verhängt und damit hat die bayerische Aus- nahmeverordnung zu fallen. Der Sozialdemokratische Par- lamentsdienst bringt zur Situation einen Artikel, der die Auffassung der Berliner sozialdemokratischen Parteileitung und der bayerischen Sozialdemokratie enthält. Er schreibt darin:

Wir wissen, daß eine machtpolitische Auseinandersetzung mit Bayern kaum möglich ist, und selbst wenn sie möglich wäre, gegenwärtig aus außenpolitischen Gründen so lange ver- mieden werden müßte, bis die andern Mittel, die zum Ziele führen könnten, restlos erschöpft sind. Dieser Auf- fassung sind auch unsere bayerischen Genossen, deren Führer am Sonntag in Berlin weilten. Auch sie wollen keinen Kampf aller gegen alle, und sind gegen die Anwendung

wirtschaftlicher Druckmittel, solange sie nicht unbedingt not- wendig sind. Aber diese Zurückhaltung, aus Vernunft und aus Interesse am Reich schließt ein sofortiges Handeln auf diplo- matischem Wege nicht aus. Die Reichsregierung muß jetzt ent- weder dem bayerischen Ministerium mit der notwendigen Klarheit die bestehende Rechtslage unterbreiten und an ihn das Verlangen auf Aufhebung des speziell bayerischen Aus- nahmezustandes richten. Die Antwort darf nicht un- bestimmt sein, weil wir aus dem gegenwärtigen Zustand schon her- auspolitischen Lage wegen herauskommen müssen. Ist die Antwort ungenügend, dann wird uns schließlich nichts anderes übrig bleiben, als den Kampf um die Republik auszulösen, den die Bayern seit Jahr und Tag von Bayern aus vorberei- tet haben! Die deutsche Arbeiterklasse als wirtschaftliche Macht wird in diesem Kampf ihren Mann stehen!

Wir sind der Meinung, daß die machtpolitische Ent- scheidung über die Frage, ob in Bayern die Ausnahmeverord- nung der Reichsregierung oder das dem Geiste der Ver- fassung ins Gesicht schlagende Gebot einer reaktionären Diktatur gilt, nach den neuesten Taten des Herrn Raab un- umgänglich geworden ist. Es muß entschieden werden, ob Herr v. Raab, der bayerische Reichswehrkommandeur, die Ausnahmeverordnung der Berliner Regierung auch in Bayern durchführt, oder man in den Straßen und Kneipen Münchens über diese Reichsgewalt höhnt und laßt! Schwankt die Reichsregierung vor diesem Punkte länger, so setzt sie damit den letzten Rest von Autorität aufs Spiel und verliert die Unterstützung aller entschiedenen verfassungstreuen Bevölke- rungskreise. Was dabei fallen kann, ist allerdings höchstens die Reichsregierung, nicht die Republik. Die deutsche Ar- beiterklasse wird sich, wenn der gewalttätige Kampf der Klassen- interessen und politischen Meinungen sich als unbedingt not- wendig erweisen sollte, um die Fahne der Republik scharen. Und es wird sich dann sehr bald zeigen, wo die entscheidende Macht ist: ob bei den Ruhestuhlern der bankrotten Kapita- listischen Wirtschaft, oder bei den Übermilionen Schaffenden.

### Raah gegen die Verfassungstreuen

München, 29. September. (Eig. Draht.)

Am Freitagmorgen wurde die sozialdemokratische Parteileitung von verschiedenen Seiten mindestens zehnmal davon verständigt, daß in der Nacht zum Sonnabend sowohl gegen die Münchner Post als auch gegen das Gewerkschaftshaus etwas unternommen würde. Von der Parteileitung wurde des- halb angeordnet, daß je eine 20 Mann starke Wache der S. D. das Eigentum der Arbeiterklasse schützen sollte. Abends gegen 8 Uhr durchsuchten Wachen der Landespolizei die Stadt. Vier Lastautos stahlbehelmt Landespolizisten, be- gleitet von einem Panzerwagen, fuhren zum Gewerkschafts- haus. Die Polizisten und eine Anzahl Kriminalbeamten durch- suchten im Auftrage des Generalstaatskommissars das Haus und die anwesenden S. D.-Leute nach Waffen. Die Leibwache

bei den einzelnen Wachen und die Durchsuchung des Hauses hatte keinerlei Ergebnis. Als die Lastwagen und das Panzer- auto vom Gewerkschaftshaus abdrückten, fuhr in einem Abstand von etwa 100 Meter hinter in seinem Kraftwagen nach. Das war vielleicht nur ein Zufall. Hierauf fuhr die Lastwagen und das Panzerauto zum Gebäude der Münchner Post. Schwere Maschinengewehre wurden aufgestellt und gegen das Haus ge- richtet, die Straßen wurden abgesperrt. Dann ging es an die Durchsuchung des Hauses. Ergebnis: in einem abgeschlossenen Zimmer wurden 40 Infanteriegewehre, 2 leichte Maschin- gewehre und eine Anzahl Handgranaten beschlagnahmt. Einigen Leuten, auch solchen mit Waffenscheinen, wurden Handfeuer- waffen abgenommen. Genosse Auer ging hierauf zur Polizei und gab eine entsprechende Erklärung ab. Damit war die Aktion für den Abend abgeschlossen. Die Polizei begründet ihr Vorgehen mit der Behauptung, daß die Zusammenkünfte der letzten Zeit zwischen S. D.-Leuten und den Sturmtruppen hinter- jeheils von den ersteren veranlaßt worden seien. Wie es um diese Behauptung steht, ist bekannt.

Das ganze Vorgehen des Generalstaatskommissars hat um so mehr Erregung in der Arbeiterklasse hervorgerufen, als bis jetzt nichts davon bekanntgeworden ist, daß in derselben Weise auch gegen die schwerbewaffneten Sturmtruppen des „Kampfs- bundes“ vorgegangen wurde. Im Unbessonnenheit zu ver- weiden, richtet die Münchner Post am Sonnabend an die Arbeiterklasse folgende öffentliche Mahnung:

Wachet! Kaltes Blut, verachtet wenigstens ihr nicht, daß ausländisches Militär noch auf deutschem Boden steht, daß es außenpolitisch nicht um einen Generalstaatskommissar, das es nicht um München, sondern um Deutschland geht! Wachtet ihr wenigstens Disziplin, laßt euch nicht unter irgend Um- ständen zu wilden Aktionen verleiten! Nicht ein einzelner Betrieb, nicht eine einzelne Branche, sondern, wenn es sein muß, die ganze organisierte Arbeiterklasse, und dann aber geschlossen!

Ein neues Moment dieser politischen Situation ist durch das Verbot des Wölflingen Beobachters geschaffen. Von morgens 9 Uhr an fanden deshalb im Generalstaatskom- missariat zwischen Raab und Kossow ausgedehnte Besprechungen statt. Bei der zuständigen amtlichen Stelle im Ministerium herrschte um die Mittagsstunde die Auffassung, daß das Verbot des Wölflingen Beobachters rücksichtslos durchgeführt werde. Währenddessen wurden aber auf dem Generalstaatskommissariat ganz andre Entschlüsse gefaßt, durch die blühartig die gesamte Öffentlichkeit von der Richtung der Politik des bayerischen Ausnahmezustandes aufgeklärt wurde. Diese Beschlüsse haben folgenden Wortlaut:

1. Die sogenannten Schutzabteilungen der Sozialdemo- kratischen Partei (S. D.) sind auf Befehl des Generalstaats- kommissars von heute an verboten.
2. Die Vollzugsverordnung für das Republikenschutzgesetz für Bayern ist außer Kraft gesetzt.
3. Der Generalstaatskommissar hat sich durch die ebenso lächerlichen wie unehrenhaften Angriffe des Wölflingen Beobachters nach nicht veranlaßt gefühlt, das Blatt zu verbieten, hat aber den verantwortlichen Redakteur auf das Generalstaatskom- missariat entbieten lassen, um ihm zu erklären, daß der

## Gleiches Recht für Sachsen!

Der Landesarbeitsausschuß, die Land- taggsfraktion, die sächsischen Vertreter des Reichstages der S. D. D. sowie der Ortsausschuß des A. D. G. B. haben zu der politischen Situation Stellung genommen und folgende Entschlüsse einstimmig ge- faßt:

Der Ausnahmezustand über das Reich hat für Sachsen einen besonderen Ausnahmezustand geschaffen. Während Preußen einen Zivilkommissar erhalten hat, ist solcher dem Freistaat Sachsen nicht zugestanden worden. Dabei zeigt sich gerade in Sachsen an der Verordnung des Wehrkreiskommandos, daß die Ausübung der politischen Ge- walt die politischen Rechte der Arbeiterklasse in weit höherem Maße bedrängt als in irgendeinem andern Bundesstaate des Reiches. Während in den Rundgebungen anderer Wehrkreiskommandos der Wille zum Zusammen- arbeiten mit den Zivilbehörden deutlich erkennbar ist, schaltet die sächsische Verordnung die Zivilbehörden völlig aus und stellt sie unter das militärische Kommando. Es liegen An- zeichen dafür vor, daß sich

### die Willkürherrschaft in Sachsen einseitig gegen jenen Teil des Proletariats

richtet, der es bisher als höchste Aufgabe betrachtet, die Repu- blik zu stützen und zu befestigen. Während in Freiberg den nationalsozialistischen Verbänden für Sonntag den 30. September eine große nationalsozialistische Kundgebung, die die sächsische Regierung verboten wollte, von den Militärbehör- den gestattet wurde, sind zu gleicher Zeit vier von der S. D. D. organisierte Versammlungen in Chemnitz von derselben Stelle verboten worden.

Diese Beispiele zeigen, vor wach ernde Situation die Arbeiterklasse durch die militärische Beeinträchtigung ihrer

politischen Rechte gestellt ist; eine Beeinträchtigung, die sich auch auf wirtschaftlichem Gebiete auswirken muß, zumal die gegenwärtige wirtschaftliche Not eine freie poli- tische und gewerkschaftliche Betätigung der Arbeiterklasse er- fordert.

Die eingangs erwähnten Parteinstanzen fordern daher mit aller Entschiedenheit, daß der Ausnahmezustand nicht auf ein Sonderausnahmezustand gegen das sächsische Proletariat auswirkt. Die Parteigenossen bekunden erneut, daß die Verhängung des Ausnahmezustandes nicht notwendig war. Im besonderen fordern sie, daß

### ein Mitglied der sächsischen Regierung als Zivil- kommissar

mit gleichen Rechten wie in Preußen für Sachsen eingesetzt wird. Ebenso verlangen sie mit größtem Nachdruck, daß die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterklasse, insbesondere der Kampf um höhere Löhne und um die Erhaltung des Achtstundentages, in keiner Weise beeinträchtigt werden.

So energisch die Parteinstanzen diese Forderung gegen- über der Exekutivgewalt erheben, so sehr müssen unsere Partei- genossen davor gewarnt werden, sich provozieren zu lassen. Nichts käme den Reaktionen und den Feinden der Republik gelegener! Was die Stunde von jedem Sozial- listen erfordert, ist eifrigste Wachsamkeit, Latbereitschaft, aber auch fastblütige Besonnenheit und Ruhe.

Nur wenn die Massen ihre Kräfte nicht vorzeitig und zwecklos vergeuden, wenn sie kampfberreit der Weisung ihrer Führer harren, werden wir Sieger in diesem Kampfe bleiben.